

Regierungsrat des Kantons Schwyz
Bahnhofstrasse 9
Postfach 120
6431 Schwyz

25. März 2024

Offenes Schreiben an den Regierungsrat betreffend Massnahmenpaket Lehrpersonenmangel

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Völlig enttäuscht und desillusioniert haben wir das Schreiben vom 13. März 2024 vom Bildungsdepartement des Kantons Schwyz, bezüglich des Massnahmenpakets Lehrpersonenmangel und des weiteren Vorgehens zur Kenntnis genommen. Darin wird festgehalten, dass der Gesamregierungsrat entschieden hat, nicht unmittelbar einzelne Massnahmen losgelöst vom Gesamtpaket umzusetzen. Dies ist im Widerspruch zur Medienmitteilung vom 19. Februar 2024. In dieser waren für die einzelnen Massnahmen eine Umsetzungsfrist gesetzt. So wurde bei den kurzfristigen Massnahmen die Umsetzung maximal innert Jahresfrist angekündigt. Gilt dieses Wort nun plötzlich nicht mehr?

Nach der Manifestation, bei der uns Regierungsrat Michael Stähli symbolisch ein "ErledigtSchild" überreichte, gingen wir davon aus, dass die Dringlichkeit der Situation der gesamten Regierung bewusst ist. Wir hatten gehofft, dass dies ein Signal dafür ist, dass die Regierung die angespannte Lage in unseren Schulen ernst nimmt und entschlossen handeln wird, um die Qualität des Bildungssystems zu sichern. Doch nun erscheint uns diese Geste lediglich als Wahlwerbung, ohne echte Absicht, die dringend benötigten Massnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation umzusetzen. Unser Nachbarkanton Luzern scheint hier ein deutlich höheres Umsetzungstempo anzuschlagen, wie letzte Woche den Medien zu entnehmen war.

Als Schulleitende sind wir verantwortlich für die Qualität an unseren Schulen, die momentan jedoch bei Weitem nicht gewährleistet ist. Wir sind gezwungen, Personal einzustellen – mit oder ohne angemessene Ausbildung – um den Unterricht überhaupt aufrechtzuerhalten. In der Schule lässt sich nämlich die «Produktionsmenge» nicht regulieren, sondern alle unsere Schülerinnen und Schüler haben Anrecht auf Unterricht. Dieses unqualifizierte Personal belastet nicht nur das gesamte System, sondern erfordert auch zusätzliche Unterstützung und Mentoring durch bereits bestehende Kolleginnen und Kollegen. Wenn es infolgedessen mit den Erziehungsberechtigten nicht funktioniert, sind es letztlich die Schulleitungen, die den Karren aus dem Dreck ziehen müssen. Die Belastung und Erschöpfung aller Beteiligten nehmen zu, dies zeigt sich auch in der Lehrpersonenbefragung.

Die Situation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr drastisch. Aktuell sind ca. 90 Stellen vakant, (ausgeschrieben auf zebis.ch) davon mindestens 40 als Klassenlehrpersonen. Dies bedeutet, dass basierend auf der Schulstatistik, im August etwa 720 Kinder und Jugendliche ohne Klassenlehrperson sein werden. Wir als Schulleitungen tun alles in unserer Macht Stehende, um dies zu ändern. Aber was passiert, wenn es uns bis August 2024 nicht gelingt?

In den vergangenen Jahren wurden, über alle Ebenen und Verbände hinweg, sehr viel ausgearbeitet und besprochen, umgesetzt jedoch nicht. Die Massnahmen gehören nun vor die politisch entscheidenden Räte. Als Volksvertreter repräsentieren sie ihre Gemeinden und somit auch ihre Schulen. Ihnen obliegt es dann, die Weichen zu stellen und Massnahmen entsprechend an- oder abzulehnen.

Eine breite Vernehmlassung mag in vielen Fällen sinnvoll sein, um verschiedene Perspektiven und Meinungen einzubeziehen. Doch bei diesem Massnahmenpaket ist dies kaum noch notwendig. Es geht einzig darum, ob die Schulträger bereit sind, eventuelle Kosten zu übernehmen. Eine einfache digitale Befragung mit einem Ja- oder Nein-Kästchen würde ausreichen. So könnten zumindest die Budgets für das Jahr 2025 geplant werden.

Falls der Regierungsrat tatsächlich neue Einschätzungen zu den bereits vielfach geäusserten Punkten erwartet, wäre dies im Sinne von zusätzlichen weiteren Massnahmen anzuschauen.

Die Tatsache, dass es noch mindestens zwei Jahre dauern wird, bis der Lehrerberuf im Kanton Schwyz möglicherweise wieder attraktiver wird, ist aus unserer Sicht einfach unhaltbar und inakzeptabel. Mit dem angedachten Vorgehen leistet der Regierungsrat keinen Beitrag zur Verbesserung respektive Entschärfung der aktuellen Situation.

Trotz der Deutlichkeit dieses Schreibens kann der Regierungsrat darauf vertrauen, dass die Schulleitungen weiterhin bereit sind, Lösungen zu erarbeiten. Die Herausforderungen müssen nun konsequent und schnell angegangen werden – es geht schliesslich um nichts weniger als die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.

Freundliche Grüsse



Im Namen des Vorstandes des VSLSZ
Pascal Staub, Präsident VSLSZ

Verteiler:

- VSLSZ Mitglieder
- LSZ Geschäftsleitung
- vszgb
- Presse und Medien (regional)